

Linkspartei.PDS räumt Versäumnisse ein

Debatte über Wohnungsbaugesellschaften

Von Gilbert Schomaker

Die gestrige Debatte im Abgeordnetenhaus begann mit einem Eingeständnis. "Die Sanierung der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften ist eine ungelöste Aufgabe", sagte Michail Nelken von der Linkspartei.PDS. Unter Hinweis auf den rot-roten Koalitionsvertrag sagte er weiter: "Da braucht man nicht drumherumzureden. Das Problem ist nicht gelöst."

Nelken wandte sich ausdrücklich gegen einen schnellen Verkauf Tausender Wohnungen in Mitte. Das Sanierungskonzept sei nicht stimmig. "Das ist, als wenn man ein Schiff, das untergeht, verfeuert, damit man schneller ankommt." Nelken warf der Opposition vor, keine Konzepte zu haben.

Schwere Vorwürfe erhob der Finanzexperte der CDU, Alexander Kaczmarek, an die SPD. Fraktionschef Michael Müller habe die "Müller-Wende" erfunden. Erst habe er ein Ende des Wohnungsverkaufs gefordert. Nach Bekanntwerden der Probleme bei der WBM habe er gesagt, jetzt verkaufen wir das Unternehmen gleich ganz. "Das war wahrhaft eine olympische Leistung", sagte Kaczmarek. Müller hatte die Frage gestellt, ob nach einem massiven Wohnungsverkauf bei der WBM der Rest der Gesellschaft noch lebensfähig ist.

Kaczmarek befürchtet, daß die Notverkäufe den Preis drücken. Er sprach von einer Verschleuderung von Landesvermögen.

Dagegen verwies **Bernd Schimmler**, Wohnungsexperte der SPD, auf die Beschlüsse seiner Fraktion, daß es nur Notverkäufe geben darf. Die Fraktion habe sich gegen weitere Blockverkäufe, wie die angestrebte Veräußerung von über 2000 Wohnungen im Märkischen Viertel in Reinickendorf, ausgesprochen. Er forderte vom Senat ein neues Gesamtkonzept, wie man mit den städtischen Wohnungsbaugesellschaften umgehen will. Es soll am 27. Februar auf der Senatsklausur vorgelegt werden. Die Oppositionsfraktionen attackierte **Schimmler**, sie hätten seit Jahren kein Konzept vorgelegt.

Klare Alternativen stellte dagegen Barbara Oesterheld von den Grünen vor. In einem ersten Schritt solle festgelegt werden, wie viele Wohnungen im Landesbesitz bleiben sollen. Nach den Planungen der Grünen könnten das etwa 10 000 Wohnungen sein. Anschließend sollen diese Wohnungen zu einer neuen Gesellschaft zusammengefaßt werden. Den Rest könne man nach und nach veräußern, um Geld für die neue Gesellschaft und den Abbau der Schulden der alten Gesellschaften zu bekommen.

Christoph Meyer (FDP) kritisierte das "Rollenspiel" im Senat. Finanzsenator Thilo Sarrazin (SPD), der den Wohnungsverkauf forcieren, sei der "Buhmann". Während Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) die "Mutter Courage der Wohnungsbaugesellschaften", die den Bestand retten wolle.

Senatorin Junge-Reyer verwies dagegen auf die Erfolge des Senats in den vergangenen Jahren. Man habe aber die Bankverbindlichkeiten um zehn Prozent und die Zinszahlungen um 80 Millionen Euro gesenkt.

Berliner Morgenpost vom 17. Februar 2006